

**V o r l a g e**  
zur Kenntnisnahme  
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung

1. Gegenstand der Vorlage: Beschluss Nr. 182/IV  
Einrichtung einer Ombudsstelle im Jugend-  
amt  
Drucksache Nr. 0267/IV
2. Berichterstatterin: Bezirksstadträtin Markl-Vieto

3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19.09.2012 unter Beschluss Nr. 182/IV Folgendes beschlossen:

„Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob eine Ombudsstelle oder ein erweitertes Beschwerdemanagement zur Schlichtung von Konflikten zwischen dem Jugendamt und den betroffenen Eltern eingerichtet werden kann.“

Die Klausurtagung der Führungskräfte des Jugendamtes fand im September letzten Jahres mit dem Thema „Einführung eines Beschwerdemanagement“ statt. Seitdem wird im Rahmen des Aufbaus eines Qualitätsmanagementsystems an einem entsprechenden Verfahren gearbeitet, was bis zur Fertigstellung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Dieses Verfahren wird innerhalb des Jugendamtes mit der neuen Jugendamtsleitung, möglichst kostenneutral, entwickelt.

Die Entscheidung, im Öffentlichen Dienst bis 2016 Personal abzubauen, steht allerdings derzeit im Widerspruch zur Notwendigkeit Personalmittel für eine zusätzliche Aufgabe bereit stellen zu müssen.

Wir bitten dies als Zwischenbericht der Prüfung anzusehen.

Norbert Kopp  
Bezirksbürgermeister

Christa Markl-Vieto  
Bezirksstadträtin